

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Nico Müller und Nils Oehlmann sowie der CDP/CDS-Fraktion  
sowie der Fraktion der Liberalen Demokraten**

### **Große Anfrage zum Abzug der 350 Soldaten aus Grönland**

In der Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 24.02.2026 (AA-26-07-PM-01) steht, dass die Bundesregierung 350 deutsche Soldaten aus Grönland abzieht. Als Grund wird ein Deal mit US-Präsident Trump genannt. Zugleich wurde bislang keine konkrete Gegenleistung der Vereinigten Staaten benannt, die im Rahmen dieser Vereinbarung vereinbart worden sein soll.

Der Abzug deutscher Soldatinnen und Soldaten berührt zentrale Fragen der deutschen Sicherheits- und Bündnispolitik. Entscheidungen dieser Tragweite haben unmittelbare Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, die Erfüllung internationaler Verpflichtungen Deutschlands – insbesondere im Rahmen von NATO-, EU- oder UN-Missionen – sowie auf die außen- und sicherheitspolitische Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Einzelne Mitglieder der Bundesregierung haben sich in der Vergangenheit kritisch zur Politik der Vereinigten Staaten geäußert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwieweit politische Grundsatzpositionen einzelner Ressorts oder Parteien Einfluss auf die Ausgestaltung der Vereinbarung genommen haben.

Die Fragesteller sehen daher erheblichen Klärungsbedarf hinsichtlich:

- des konkreten Inhalts der getroffenen Vereinbarung,
- etwaiger Gegenleistungen oder strategischer Zusagen,
- der Auswirkungen auf Bündnisverpflichtungen und Sicherheitsinteressen Deutschlands

#### **Wir fragen die Bundesregierung:**

1. Welche Vereinbarungen wurden zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika im Zusammenhang mit dem Abzug deutscher Soldaten getroffen?
2. Wann wurden diese Vereinbarungen geschlossen, und welche Ressorts waren daran beteiligt?
3. Wurden schriftliche Absprachen, Nebenabreden oder Memoranden of Understanding geschlossen? Wenn ja, mit welchem Inhalt?
4. Welche Gegenleistungen wurden seitens der USA zugesagt oder in Aussicht gestellt?
5. Falls keine Gegenleistungen vereinbart wurden: Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung auf solche verzichtet?
6. Welche politischen, sicherheitspolitischen oder wirtschaftlichen Interessen verfolgt die Bundesregierung mit dieser Vereinbarung?
7. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Vereinbarung vollständig offenzulegen? Wenn nein, aus welchen Gründen?
8. Welche Auswirkungen hat der Abzug auf die Bündnisfähigkeit Deutschlands innerhalb der NATO?
9. Wurde über den Abzug der Deutschen Soldaten auch mit den anderen Partnern in dieser Region abgesprochen?
10. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der betroffenen Region?
11. Wurden Alternativszenarien geprüft? Wenn ja, welche und mit welchem Ergebnis?
12. Welche Risiken für deutsche Interessen oder für Partnerstaaten wurden identifiziert?
13. Welche Positionen haben der Bundeskanzler, der Bundesminister der Verteidigung und der Bundesminister des Auswärtigen in den internen Beratungen vertreten?

14. Haben öffentliche Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung zur US-amerikanischen Außen- oder Sicherheitspolitik Einfluss auf die Verhandlungen genommen?
15. Inwieweit wurden parteipolitische Erwägungen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt?
16. Welche Rolle spielte das Auswärtige Amt bei der Ausgestaltung der Vereinbarung?
17. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Entscheidung auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen?
18. Sieht die Bundesregierung in dem Abzug eine strategische Neuausrichtung der transatlantischen Zusammenarbeit?
19. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um das Vertrauen innerhalb des Bündnisses zu stärken?
20. Welche Kosten entstehen durch den Abzug deutscher Soldaten?
21. Welche finanziellen oder wirtschaftlichen Vorteile erwartet die Bundesregierung im Gegenzug?
22. Wurden wirtschaftliche Interessen (z. B. Handelsfragen, Energiepolitik, Rüstungskooperation) im Zusammenhang mit der Vereinbarung verhandelt?

Berlin, den 24. Februar 2026

**Nico Müller, Nils Oehlmann und Fraktionen**